Gewalt, Gewaltlosigkeit und der Kampf um soziale Gerechtigkeit

Auf der Suche nach Strategien für den radikalen sozialen Wandel

Probleme und Möglichkeiten von Gewalt und Gewaltlosigkeit in sozialen Konfliktsituationen werden heute in vielen Kirchen, zuweilen mehr hitzig als klärend, diskutiert. Der ÖRK-Zentralausschuß beauftragte das Referat für Kirche und Gesellschaft, durch ein Studien- und Forschungsprogramm auf diesem Gebiet einen Beitrag zu leisten. Nachfolgend wird in großen Zügen das neue Programm dargestellt, dem der Arbeitsausschuß des Referats für Kirche und Gesellschaft im Juni 1971 zustimmte.

1. Die Kirche hat immer deutlicher erkannt, daß sie aufgefordert ist, mit den Armen und Unterdrückten solidarisch zu sein; das verstärkte in den vergangenen Jahren den Ruf nach einer klareren Konzeption der Aktionsweisen, die das christliche Engagement im Sozialkonflikt verwirklichen können, und insbesondere der Möglichkeiten und Probleme von Gewalt und Gewaltlosigkeit.

2. Deshalb beauftragte der ÖRK-Zentralausschuß (Addis Abeba, Januar 1971) das Referat für Kirche und Gesellschaft, ein Zwei-Jahresprogramm durchzuführen mit dem Ziel,

a) die *Reflexion der Kirchen über die ethische Problematik* von Gewalt und Gewaltlosigkeit im Kampf um soziale Gerechtigkeit voranzutreiben; und

b) zur *Entwicklung von Aktionsstrategien* beizutragen, die die Gesamtsumme von Gewalt in Konfliktsituationen auf ein Minimum reduzieren.

So ging es auf dieser Ausschlußtagung wesentlich darum, das neue Programm im einzelnen zu entwickeln und Prioritäten innerhalb dieses Programms zu setzen.

Die Entwicklung ökumenischen Denkens über Gewalt und Gewaltlosigkeit

3. Der leidenschaftliche Wunsch, ein besseres Verständnis von der christlichen Verantwortung in einer Welt der Gewalt zu erarbeiten und verbreiten, bestimmte die frühen Jahre der modernen ökumenischen Bewegung. So bereitete Erzbischof Söderblom der Bewegung für Praktisches Christentum den Weg, andere christliche Organisationen mit internationaler Mitgliedschaft und ökumenischer Ausrichtung entstanden, und die Tagesordnungen der beiden großen Weltkonferenzen für Praktisches Christentum 1925 und 1937 waren in diesem Sinne konzipiert. Es kann also nicht gesagt werden, daß die ökumenische Bewegung das Gewalt-Problem außer acht gelassen habe.

4. Allerdings wurde Gewalt bis 1960 fast ausschließlich im Sinne internationaler Konflikte zwischen souveränen Staaten verstanden. Zwar waren die Schriften von Marx schon Jahrzehnte alt, zwar hätte die russische Revolution 1917 schwerwiegende Fragen über die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Herbeiführung von mehr sozialer Gerechtigkeit aufwerfen müssen, doch wurde diese gesamte Dimension des Problems gemeinhin vernachlässigt.

5. Ökumenische Zusammentreffen damals bedauerten, daß Gewalt das Verhältnis zwischen den Staaten bestimme, konnten jedoch keine großen Orientierungshilfen geben in der Frage, ob Christen legitim an Gewalt beteiligt sein dürften oder nicht. „Kann der Krieg heute noch ein Akt der Gerechtigkeit sein?“ fragte die Gründungsversammlung des ÖRK 1948 und kam zögernd zu dem Schluß, daß man keine einmütige Antwort auf diese Frage geben könne. Die Zweite Vollversammlung in Evanston erklärte, daß die Christen Wege zum Frieden suchen und „dabei beides in Rechnung setzen (müssen), christlichen Pazifismus als eine Möglichkeit des Zeugnisses und die Überzeugung anderer Christen, daß unter besonderen Umständen militärisches Eingreifen zu rechtfertigen ist“. Vor diesem Hintergrund — nämlich eines christlichen Pazifismus, der eine entscheidende, aber nicht vorherrschende Rolle spielt — begann die Kirche in den 60er Jahren schließlich, die Bedeutung der Gewalt im Kampf für soziale, wirtschaftliche und politische Gerechtigkeit ernsthaft zu überlegen.

6. Erste Anzeichen für eine neue Diskussion finden sich in einem offiziellen ökumenischen Dokument in dem Bericht von der Dritten Vollversammlung des ÖRK in Neu-Delhi 1961; hier werden in schriftlicher Form die Mächtigen dringend aufgefordert, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten und ihre Provokation zu vermeiden. Wie in Vorwegnahme von Uppsalas Martin-Luther-King-Entscheidung, schlug die Vollversammlung vor, das Referat für Kirche und Gesellschaft möge eine Studie über gewaltloses Handeln durchführen und dabei z. B. auf die Frage eingehen, ob Gewaltlosigkeit sowohl geistig-sittlichen als auch strukturellen Wandel in der Gesellschaft herbeiführen kann.

7. Die ÖRK-Konsultation über Rassenbeziehungen in Kitwe (Sambia) 1964 stellte bestürzt fest, daß sich der Kampf für rassische Gerechtigkeit in Afrika unaufhaltsam von Gewaltlosigkeit auf Gewalt hin verlagere. Diese Verlagerung schien ihr in der Enttäuschung der angeblichen Reformer über die offensichtliche Unwirksamkeit gewaltloser Methoden begründet. Die Konsultation wies zwar darauf hin, daß Gewalt als letztes Mittel angewendet werden könne, kam jedoch zu keiner Übereinstimmung darüber, ob sie eine Alternative für den Christen sei oder nicht.

8. Deutlicher Stellung bezieht die Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft 1966 in Genf. Ihre sorgfältig abgewogenen Worte verdienen alle Aufmerksamkeit:

„Aber Gewalt ist eine sehr starke Wirklichkeit unserer Welt sowohl in der Form der offenen Gewaltanwendung zur Unterdrückung als auch der unsichtbaren Gewalt, die auf Menschen ausgeübt wird, die zu Millionen Opfer der Unterdrückung und ungerechter Gesellschaftssysteme waren oder noch immer sind. Darum erhebt sich heute oftmals die Frage, ob die Gewalt, durch die in einer geplanten Revolution Blut vergossen wird, nicht ein geringeres Übel sein könnte als die Gewalt, durch die zwar kein Blut vergossen wird, die aber die gesamte Bevölkerung zu ewiger Verzweiflung verdammt. Tatsächlich haben sich Christen an revolutionären Prozessen beteiligt, welche Gewalt und Mißachtung des Rechts nach sich zogen, und diese Christen warten mit einem unruhigen Gewissen auf das Verständnis und die Führung der Kirche. Andere Christen widersetzen sich mit einem unruhigen Gewissen derartigen Aktionen. Andere wiederum geben sich so lange zufrieden, wie ‚Recht und Ordnung‘ gewahrt sind.“

„Es kann nicht erklärt werden, daß absolute Gewaltlosigkeit die einzig mögliche Position für Christen ist. Es gibt Situationen, in denen Christen zur Gewaltanwendung getrieben werden könnten. Wann immer jedoch Gewalt angewandt wird, muß sie als eine ‚letzte Möglichkeit‘ betrachtet werden, die nur in außergewöhnlichen Situationen gerechtfertigt ist. Anwendung von Gewalt erfordert eine genaue Bestimmung der Ziele, für die sie angewandt wird, und eine klare Erkenntnis der in ihr liegenden Übel und das Bemühen, sie immer durch Barmherzigkeit zu mildern. Es muß auch erkannt werden, daß es keine Garantie gibt, daß die tatsächlichen Ergebnisse der Gewaltanwendung den erstrebten Ergebnissen entsprechen und daß die Gewalt, wenn sie einmal freigesetzt wird, von ihrem Initiatoren kontrolliert werden kann. Wie dem auch sei, es gibt bestimmte ethische Grundprinzipien, die schöpferisch auf die spezifischen Situationen bezogen werden müssen, in denen sich ein Christ befindet, und die letzte Entscheidung muß sich aus einer Synthese dieser beiden Elemente ergeben.“

9. Zwei Jahre später formulierte eine Zusammenkunft von Theologen und Sozialethikern „Überlegungen zu Theologie und Revolution“ und hatte kaum Zweifel, daß Gewalt eine echte christliche Alternative darstellte. „Christen in der revolutionären Situation müssen“, so heißt es dort, „alles in ihrer Macht Stehende tun, um das Amt der Versöhnung auszuüben, damit der revolutionäre Wandel gewaltlos oder, wenn das nicht möglich ist, mit einem Minimum an Gewalt stattfinden kann. Wir dürfen uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß einige Christen in Situationen stehen, in denen sie in aller Verantwortung an der Revolution und der mit ihr unvermeidbaren Gewalt teilnehmen müssen.“

10. Zu etwa derselben Zeit beginnt man auch in römisch-katholischen Dokumenten, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. *Gaudium et Spes*, das nach dem Zweiten Vatikanum entstand, sprach jenen seine Anerkennung aus, die in dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit „darauf verzichten, Gewalt anzuwenden“. *Populorum Progressio* weist 1967 auf „Versuchungen zu Gewalt“ hin und warnt davor, daß revolutionäre Unruhen im allgemeinen mehr Übel als Gutes bringen.

11. Die Beirut-Konferenz für Weltweite Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen (1968), die vom Gemeinsamen ÖRK/RKK Ausschuß für Gesellschaft, Entwicklung und Frieden, SODEPAX, getragen wurde, sah sich mit dem Problem der Veränderung der Sozialstrukturen konfrontiert. Die Konferenz sprach sich eindeutig zugunsten gewaltloser Strategien aus und forderte die Nachahmung des Beispiels von Menschen wie Gandhi, Johannes XXIII. und Martin Luther King, räumte jedoch (ohne ein Werturteil zu fällen) ein, daß „das Gewissen der Menschen als letzter Ausweg sie in voller und klar erkannter Verantwortung ohne Haß oder Erbitterung zur gewaltsamen Revolution führen (kann)“.

12. Die Vierte Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Uppsala 1968 war sich in der Frage der Gewalt nicht schlüssig. Die vor der Vollversammlung vorbereiteten *Sektionsentwürfe* waren in der Frage der Gewalt als einer christlichen Alternative im allgemeinen positiver gehalten als die Sektionsberichte, die die Vollversammlung selbst schließlich verabschiedete. Sektion II stellte fest, daß in vielen Teilen der Welt Revolutionen stattfänden und einige Christen sich für revolutionäre Aktion entscheiden würden. Könnte die christliche Gemein-

schaft ihnen Unterstützung leisten? So fragte man, ohne eine Antwort finden zu können. Sektion III erklärte, daß „Gesetz und Ordnung“ selber eine Form der Gewalt sein und gewaltsame Revolution hervorbringen können, die „moralisch gesehen zweideutig“ ist. Sektion IV räumte ein, daß einige Christen in ihrem Kampf um wirtschaftliche Gerechtigkeit Zuflucht zur Gewalt nähmen, und kam zu dem eher hilflosen Schluß, daß Gewalt und passives Nichthandeln gleichermaßen unter Gottes Gericht fielen. Sektion VI appelliert an jene, die alle Christen, welche die „Gefahr und Schuld des Blutvergießens“ auf sich genommen haben, verurteilen wollen, sie mögen das „Blutvergießen“ durch den Status quo nicht vergessen. In allen diesen Sektionen kommt, ebenso wie in der Martin-Luther-King-EntschlieÙung¹, deutlich zum Ausdruck, daß man gewaltlose Methoden bevorzugt und der Überzeugung ist, die Kirchen seien in besonderer Weise verantwortlich für die Entwicklung wirksamer gewaltloser Strategien. Rückblickend kann man sagen, daß Uppsala das Problem zwar deutlich erkannte, sich jedoch zurückhaltender als Genf 1966 verhält, wo es darum geht, eine Antwort zu geben.

13. Derartiges Zögern war der Notting-Hill-Konsultation im Mai 1969 fremd; sie machte Schlagzeilen, als sie den Ökumenischen Rat aufforderte, „wenn alle anderen Versuche fehlschlagen, sollen die Kirche und die Kirchen Widerstandsbewegungen, einschließlich Revolutionen, unterstützen, die das Ziel verfolgen, politische und wirtschaftliche Tyrannei, die den Rassismus erst ermöglicht, zu stürzen“. Die Konsultation beschäftigte sich besonders mit der Bedeutung von Macht und Machtlosigkeit für das Fortbestehen des Rassismus. Kernpunkt des Problems war daher auch für viele Teilnehmer „nicht einfach Gewalt gegen Gewaltlosigkeit, sondern die Anwendung von Macht für die Mächtigen und die Notwendigkeit der Macht für die Machtlosen“.

14. Eine noch nie dagewesene Diskussion dieses Gegenstands wurde innerhalb der Kirchen und über sie hinaus ausgelöst, als der ÖRK-Exekutivausschuß im September 1970 die Vergabe erster Zuwendungen aus dem Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus billigte, darunter auch Gelder zur humanitären Unterstützung von Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika. Bemerkenswert an dieser Diskussion war u. a., daß viele Pazifisten glaubten, den ÖRK-Beschluß unterstützen zu können, während die heftigsten Proteste aus den traditionsgemäß nichtpazifistischen Kirchen kamen. Auffallend war auch, daß die traditionelle Doktrin von „gerechten Krieg“ weitgehend in Frage gestellt wurde und man sich gleichzeitig intensiver mit der „gerechten Revolution“ auseinandersetzte.

15. Das ökumenische soziale Denken der jüngsten Vergangenheit zeigt also deutlich, daß der Auftrag der Kirche, mit den Armen und Unterdrückten in ihrem Kampf um Gerechtigkeit und Befreiung solidarisch zu sein, allgemein bejaht wird. Diese ganz wesentliche Übereinstimmung dürfen wir nicht verges-

¹ In dieser EntschlieÙung drückt die Vollversammlung den tiefen Verlust aus, den die Ermordung von Martin Luther King bedeutete. Dr. King sollte während des Eröffnungsgottesdienstes in der Kathedrale von Uppsala predigen. Die Vollversammlung forderte die Kirchen auf, sein Beispiel ihren Mitgliedern vor Augen zu halten, und beauftragte den Zentralauschuß des Ökumenischen Rates, nach Wegen zu suchen, wie der Ökumenische Rat Studien über gewaltlose Methoden zur Herbeiführung des sozialen Wandels fördern könne.

sen, wenn wir überlegen, welche Meinungsverschiedenheiten unter den Christen darüber fortbestehen, wie diese Solidarität in bestimmten Situationen möglichst angemessen konkretisiert werden kann. Die Diskussion von Strategien muß das dringende Erfordernis eines weniger ambivalenten und mutigeren Engagements der Christen für eine menschlichere Welt herausstellen und nicht etwa verschleiern. Die Kirche kann dieses Engagement auf viele verschiedene Weisen zu verwirklichen suchen — mit einer Ausnahme: Verzicht auf Engagement stellt sicherlich keine Alternative dar.

Konzipierung der vor uns liegenden Aufgabe

16. Alle weiteren Studien- und Forschungsarbeiten zu diesem Thema sollten den Schwerpunkt auf die Reflexion konkreter Situationen legen, in denen Christen am sozialen und politischen Kampf beteiligt sind und bei der Entwicklung von Aktionsformen unterstützt werden müssen, die treues Zeugnis ablegen für das richtende und erlösende Werk Gottes in der menschlichen Gesellschaft. Das Wort Gottes, aus dem wir Erkenntnis schöpfen — seine Führung des Volkes Israel, seine Inkarnation in Jesus Christus und das Werk seines Geistes in der frühen Kirche —, wird im geschichtlichen Handeln und durch geschichtliches Handeln konkretisiert. Die allgemein ethischen Richtlinien, die die Kirche durch die Jahrhunderte hindurch entwickelt hat, mögen uns helfen, wenn wir der eigenen Verantwortung und der der anderen auf den Grund gehen wollen; aber nur aus dem umfassenden Verständnis der menschlichen sozialen Konflikte, in denen wir leben, heraus ist es möglich, den Richtlinien eine spezifische Bedeutung zu geben, und innerhalb dieser Richtlinien zu differenzieren. Es wird deshalb vorgeschlagen, daß die Studie sich zunächst auf die lebendige Erfahrung von Christen und anderen, die sich Gott ihrem Kampf für Gerechtigkeit und Freiheit verpflichtet wissen, konzentriert, um dann die Formulierung gemeinsamer Überzeugungen zu versuchen, die uns allen als Richtlinien dienen mögen.

Auf diese Weise sollte die Studie ein dreifaches Ziel verfolgen:

- a) sie sollte Christen in bestimmten Gesellschaften, in denen Gewalt und Ungerechtigkeit akut sind, Hilfe leisten;
- b) sie sollte Christen in anderen Gesellschaften Richtlinien geben, wie sie das Zeugnis ihrer Brüder unterstützen können;
- c) sie sollte dem Ökumenischen Rat der Kirchen und anderen Ausdrucksformen der ökumenischen Bewegung Richtlinien geben, wie die Kirche, die ökumenische Kirche, Ungerechtigkeit bekämpfen und Freiheit unterstützen kann.

17. Es wird vorgeschlagen, die Problematik von Gewalt und Gewaltlosigkeit¹ im Rahmen der allgemeinen Frage des legitimen und illegitimen Gebrauchs von politischen und sonstigen Formen sozialer Macht sowie der Frage

¹ Hier tritt, wie bereits vom ÖRK-Zentralausschuß (Addis Abeba 1971) festgestellt, erschwerend hinzu, daß die Bedeutung von Termini wie „Gewalt“, „Gewaltlosigkeit“, „Macht“, „Befreiung“ und „Revolution“ je nach sozialem und linguistischem Kontext nicht scharf voneinander getrennt werden. Tiefe, wesentliche Unterschiede kommen oft in abweichenden Definitionen zum Ausdruck oder werden durch die Verwendung desselben Terminus verschleiert. Angesichts der verschiedenen Erfahrungen, die die Bedeutung der Termini ausmachen, müssen wir versuchen, sie so klar wie möglich zu gebrauchen. Dieser Vorschlag will dem Rechnung tragen.

nach dem rechten Gebrauch der Macht für den Wandel der Gesellschaft in Richtung menschlicher Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden zu behandeln. In den bisherigen ökumenischen Diskussionen gibt es folgende Übereinstimmungen, Meinungsverschiedenheiten und weiter zu behandelnde Fragestellungen:

a) Es besteht allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die Regierungsmacht legitim funktioniert, wenn das Wohl des Staates und die Freiheit des einzelnen gefördert und vor der Bedrohung durch einzelne und Gruppen geschützt werden. Niemand würde alle öffentlichen Kontrollen der Macht der Starken im Umgang mit den Schwachen abschaffen wollen. Der christliche Glaube gibt sich keinesfalls der Illusion hin, daß die Menschen ohne jede Regierung in Frieden und Freiheit leben würden. Wenn eine Regierung mit Macht versucht, die Macht des einzelnen im Interesse des öffentlichen Wohls und der individuellen Freiheit einzuschränken, dann sagen wir, sie besitzt Autorität.

Es besteht auch allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die Regierungsmacht oft auf verschiedene Weise und verschieden stark mißbraucht wird, um das öffentliche Wohl und die Freiheit der einzelnen zu untergraben, und daß es einen Punkt gibt, an dem dies zum gewaltsamen Gebrauch politischer Macht wird, selbst wenn die Ordnung aufrechterhalten ist. Wenn wir herausfinden wollen, wo Gewalt in der menschlichen Gesellschaft ihren Ursprung nimmt, wenn wir auch herausfinden wollen, welche Mittel zur Verfügung stehen, um Gewalt entgegenzutreten, dann müssen wir bestimmte Regierungen im einzelnen untersuchen, um zu erkennen, wann und wo ihre Macht Ausdruck von Autorität — starker Autorität vielleicht — einerseits und Gewalt andererseits ist.

b) Es besteht Übereinstimmung darüber, daß zahlreiche Formen der Macht, insbesondere auf wirtschaftlichem, technologischem und wissenschaftlichem Gebiet, nur unzureichend von irgendeiner öffentlichen Einrichtung kontrolliert werden und Elemente der Kreativität für eine größere Fülle menschlichen Lebens, aber auch der Gewalt gegenüber den einen im Interesse der anderen in sich vereinigen. Konkrete Situationsanalysen sind erforderlich, um zu erkennen, was befreit und was gewaltsam ist.

c) Es besteht Übereinstimmung über die Grundfrage, die sich christlicher Aktion und Verantwortung stellt: Wie können Macht oder Machtlosigkeit eingesetzt werden, um „die Summe von Gewalt in der Welt zu verringern und Menschen für gerechte und friedliche Beziehungen zueinander zu befreien“ (*Frieden — Imperativ unserer Zeit*; SODEPAX-Bericht über die Badener Studientagung). Ziel des sozialen Wandels ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen an den Früchten und Entscheidungsprozessen teilhaben können, in der die Machtzentren genau determiniert sind und sich verantworten müssen, in der die Menschenrechte für alle tatsächlich verwirklicht werden und die Verantwortungsbewußt gegenüber der gesamten Menschheit und den kommenden Generationen handelt.

18. Bei der Analyse jeder der drei oben genannten Bereiche mag es sehr wohl zu Meinungsverschiedenheiten unter den Christen kommen, die in bezug auf den dritten Fragenbereich besonders evident werden. Eine Möglichkeit, diese Unterschiede aufzuzeigen, wäre, sie je nach Oppositionsstärke gegenüber der Regierungsmacht und den übrigen von ihr getragenen Mächten auf einer Skala einzuordnen:

Strategien für den Ausbau der Partizipation innerhalb relativ gerechter Machtstrukturen

Strategien für die Zerschlagung grundlegend ungerechter Machtstrukturen

Unberücksichtigt bleibt dabei allerdings der qualitative Unterschied, den viele zwischen verschiedenen Möglichkeiten, den sozialen Wandel und die Verlagerung der Macht herbeizuführen, gemacht wissen wollen:

- i) Nutzung der Macht- und Einflußsphären, die im Rahmen der bestehenden Regierungs-, Industrie-, Technologie- usw. -strukturen dem Wandel offenstehen;
- ii) gewaltlose Strategien für die Ausübung von Pressionen auf die bestehenden Strukturen;
- iii) Schaffung neuer Sozialstrukturen als Alternativen zu den bestehenden;
- iv) Strategien für den gewaltsamen Kampf gegen bestehende Strukturen.

19. Jede dieser Alternativen stellt grundlegende Fragen an alle anderen. Wie das geschieht, sollte Gegenstand der von uns empfohlenen Studie sein. Nachfolgendes ist daher nur im Sinne einiger Beispiele zu verstehen.

Wenn man sich ausschließlich für die erste Alternative entscheidet, nimmt man dann die hartnäckige und tief verwurzelte strukturelle Gewalt ernst genug? Wird dadurch nicht manchen Gruppen in der Gesellschaft Stimme und Einfluß permanent verwehrt? Begünstigt eine scheinbar demokratische Gerechtigkeit nicht tatsächlich die Reichen und Mächtigen? Ist es möglich, in einer sündigen Welt Gerechtigkeit zu schaffen, ohne eine wirkliche soziale Verschiebung der bestehenden Machtzentren vorzunehmen?

Wenn man sich für die zweite Alternative entscheidet, wie wird dann Gewaltlosigkeit als eine konstruktive Aktionsform in konkreten Situationen verstanden? Welche legitimen und illegitimen Zwänge übt sie aus? Umgekehrt, inwieweit wird die Regierungsstruktur durch bestimmte Akte bürgerlichen Ungehorsams bestätigt oder in Frage gestellt?

Wenn man sich in erster Linie für die dritte Alternative entscheidet (die natürlich mit einer der übrigen drei kombiniert werden kann), welche Beziehung besteht dann zwischen diesen neuen Strukturen und der maßgeblichen Umgestaltung der gesamten Gesellschaft? Wird dieser Weg als eine Hoffnung für die ganze Welt oder als Alternative zu dieser Hoffnung eingeschlagen?

Wenn man sich für die vierte Alternative entscheidet, wie ist dann Gewalt definiert, determiniert und kontrolliert? Welche Struktur soll die Anwendung von Gewalt herbeiführen? Wie sieht das Zusammenspiel von konstruktiven und destruktiven Kräften bei der Gestaltung der Zukunft aus?

Schließlich gibt es Fragen, die sich an alle diese Alternativen richten. Hier seien nur zwei, den Extremfall darstellende Fragen genannt:

Wie sehen christliche Hoffnung und Verantwortung aus, wo es keine politisch absehbare Möglichkeit des Wandels oder der Zerschlagung gewaltsamer und ungerechter Macht zu geben scheint? Kann das Kreuz Christi in diesem Fall als eine Quelle der Hoffnung und Orientierung des christlichen Lebens angesehen werden oder aber als Element in weniger extremen Situationen? Welche Relation besteht zwischen der Aktion und dem Leiden in christlicher Antwort auf Gott in der menschlichen Gesellschaft?

Wie kann andererseits menschliche Strategie für den sozialen Wandel vor Selbstgerechtigkeit bewahrt und auf die neue Schöpfung bezogen werden, in der Feindschaft überwunden ist und alle Menschen neu sind? Wie verhält sich

göttliche Versöhnung mit ihren Dimensionen Urteil und Vergebung für alle Menschen zu menschlicher Aktion für Gerechtigkeit und Freiheit?

20. Das Projekt sollte in Zusammenarbeit mit mindestens drei Personenkategorien innerhalb und außerhalb der Kirchen durchgeführt werden:

- diejenigen, die sich ihres Engagements in Konfliktsituationen bewußt sind und täglich mit der Problematik sozialer Gewalt konfrontiert sind; denen ein ökumenischer Studienprozeß aus breiterer Perspektive und größerer Distanz von unmittelbaren Zwängen vielleicht helfen kann;
- diejenigen, die sich nicht in derartige Konfliktsituationen verstrickt wähnen und beständig geneigt sind, allzu einfache Lösungen zu wählen; die ihr Verständnis und Verstehen vertiefen und sich aktiv engagieren müssen;
- diejenigen, die sich in Regierungen, politischen Gruppen, Befreiungsbewegungen, akademischen Instituten usw. mit derartigen Fragen auseinandersetzen und den Beitrag der Kirchen zu ihrem Denken und Handeln begrüßen.

21. Diese Studie sollte sich auf mehrere spezifische Konfliktsituationen — etwa das südliche Afrika, Brasilien, Nordirland, Ostpakistan, den Kampf der Schwarzen und anderer Minderheitsgruppen in den USA — konzentrieren, und zwar durch Kontakte der Mitarbeiter, Zusammenstellung der Verbreitung von Schriftmaterial und, soweit möglich, das Zusammenbringen von Menschen, die aktiv in derartigen Situationen engagiert sind, um deren jeweilige Strategien zu analysieren und bewerten und über mögliche Alternativen „realistisch zu träumen“. Berücksichtigt werden sollten auch potentielle Konfliktsituationen in anscheinend stabilen Gesellschaften, z. B. Teile Westeuropas. Dies müßte vor dem Hintergrund einer gleichzeitigen Analyse der aktiven sozialen Mechanismen geschehen, es müßten auch Kontakte zu entsprechenden Studienzentren, Instituten und Aktionsgruppen in verschiedenen Teilen der Welt aufgenommen werden, um festzustellen, welche Fragen hier von lebenswichtiger Bedeutung sind, wo entscheidende Durchbrüche erfolgen und welche Schlüsselgedanken aufgegriffen werden sollten.

22. Im Verlauf dieser Untersuchung sollten folgende Punkte mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt werden: präzise Definitionen der angestrebten Ziele; in welchem Maß diese Ziele den gewählten Mitteln inhärent sind; das Verständnis von Gewalt und Gewaltlosigkeit; die Existenz und Dauer eines kohärenten sozialen Trägers des Wandels; die ethischen Kriterien für Entscheidungsbildung und Handeln; die christliche Motivation bestimmter Entscheidungen und Aktionen.

23. Im besonderen werden folgende Möglichkeiten bereits erprobt oder bieten sich an:

a) Verschiedene Kirchenführer und Theologen sind gebeten worden, die in ihren Augen wichtigen theologischen Fragestellungen, die weitere ökumenische Studien auf diesem Gebiet erfordern, auszumachen. Das aus ihren Antworten zusammengestellte Material wird sich von Nutzen erweisen für jegliche Tagung, die mit Vertretern der ÖRK-Mitgliedskirchen in Südafrika zustande kommen mag, aber auch für die Zukunft dieser spezifischen Studie.

b) Es wird Verbindung aufgenommen mit Kirchen, Christenräten, theologischen Fakultäten usw., um festzustellen, welche Studien schon auf diesem Gebiet durchgeführt, welche gegebenenfalls geplant sind. Um dieses Material auszuwerten und an einen größeren Personenkreis zu vermitteln, müßte irgendein System gefunden werden.

c) Im Anfangsstadium der Untersuchung sollte eine kurze, annotierte Bibliographie maßgeblicher Literatur zusammengestellt sowie eine Liste bestehender Studienzentren angelegt und für die Kirchen, aber auch das Projekt selbst zur Verfügung stehen.

d) Der Stab sollte eine Reihe von Studienblättern veröffentlichen, die u.a. über den jeweiligen Stand des Projekts, laufende Studien an anderen Instituten und Zentren und Material zur Unterstützung von Diskussion und Engagement der Kirchen auf diesem Gebiet informieren würden. Studienblätter, die direkt aus dem Studienprozeß hervorgehen, sollten gesondert in den bestehenden ökumenischen Veröffentlichungen erscheinen.

e) Man sollte irgend etwas Schriftliches planen. Ein Historiker oder mehrere Historiker könnten beauftragt werden, sich mit Menschen und Situationen zu beschäftigen, wo die christliche Gemeinschaft in der Vergangenheit einen besonders schöpferischen Beitrag zu diesen Fragen geleistet hat, und dabei vor allem den tragenden theologischen und ethischen Voraussetzungen Aufmerksamkeit schenken. Mehrere Ethiker und Theologen könnten dann gebeten werden, diese Voraussetzungen auf ihren heutigen Wert zu prüfen. Andererseits wäre eine Serie biographischer (oder wenn möglich autobiographischer) Darstellungen denkbar, um zu zeigen, wie bestimmte Menschen in bestimmten Situationen sich auf der Grundlage des christlichen Glaubens mit der Problematik der sozialen Gewalt auseinandergesetzt haben.

f) Drei Arten von Konsultationen könnten sich bei der Durchführung des Projekts von Nutzen erweisen: eine Konsultation, die über den gegenwärtigen Forschungs- und Erfahrungsstand einen Überblick gibt und eine Bewertung versucht; eine Konsultation, die sich mit einer oder mehreren der in der Diskussion aufgeworfenen langfristigen theologisch-ethischen Fragen auseinandersetzt; und eine dritte Konsultation, die das Projekt insgesamt noch einmal überprüft, bevor dem ÖRK-Zentralausschuß auf seiner Tagung im August 1973 ein Schlußbericht vorgelegt wird.

24. Angesichts der kritischen Finanzsituation, mit der der Ökumenische Rat in unmittelbarer Zukunft konfrontiert ist, müssen die erforderlichen Projektmittel größtenteils außerhalb des Allgemeinen ÖRK-Haushalts gefunden werden. Von der Mobilisierung dieser Mittel hängt es ab, inwieweit die oben dargestellten Pläne verwirklicht werden können.

25. Kirchen, sonstige Gruppen und Einzelpersonen, die sich über die Entwicklung des Projekts informieren oder an der Diskussion teilnehmen möchten, sind gebeten, mit dem ÖRK-Referat für Kirche und Gesellschaft Verbindung aufzunehmen.